

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Agrarausschuß

26. Sitzung
am Donnerstag, dem 4. Dezember 1997, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Claus Hopp (CDU)

Vorsitzender

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Hans Siebke (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

in Vertretung von Dr. Happach-Kasan

Peter Gerckens (SSW)

Weitere Anwesende

Tagesordnung:

- | | Seite |
|---|--------------|
| 1. Resolution zur Nicht-Impfpolitik der Europäischen Union | 4 |
| <p>Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/979</p> <p>(überwiesen am 26. September 1997; Fortsetzung der Beratung vom 20. November 1997)</p> | |
| 2. a) Bericht zur Situation und Entwicklung der Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein | 6 |
| <p>Bericht der Landesregierung
Drucksache 147755</p> <p>b) Bericht über die derzeitige Situation sowie die künftige organisatorische Gestaltung des Gütezeichens "hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein"</p> <p>Bericht der Landesregierung
Drucksache 147886</p> <p>(überwiesen am 28. August 1997 zur abschließenden Beratung)</p> | |
| 3. Werbeschilder für Gasthöfe | 7 |
| <p>Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1065</p> <p>(überwiesen am 6. November 1997 an den Wirtschaftsausschuß, den Agrarausschuß und den Innen- und Rechtsausschuß)</p> | |
| 4. Grüne Woche 1998, Berlin | 9 |
| 5. Verschiedenes | 10 |

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Resolution zur Nicht-Impfpolitik der Europäischen Union

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/979

hierzu: Umdrucke 14/1393, 14/1401

(überwiesen am 26. September 1997; Fortsetzung der Beratung vom 20. November 1997)

Eingangs tritt Abg. Sabine Schröder Unterstellungen - wie sie es nennt - in der CDU-Pressemitteilung Nummer 502/97 entgegen, daß aus der Vertagung der Abstimmung über den Antrag eine Koalitionskrise interpretiert werden könnte. Das Abstimmungsverhalten von Abg. Bernd Schröder sei die Folge eines Mißverständnisses gewesen.

Abg. Poppendiecker erklärt sein Abstimmungsverhalten damit, daß ihm an einer gemeinsam getragenen Resolution angesichts der Bedeutung der Seuchenbekämpfung sehr gelegen sei und er das Gefühl in der 25. Sitzung gehabt habe, daß man diesem Ziel sehr nahe gewesen sei. Er habe deshalb mit seiner Enthaltung eine voreilige Abstimmung verhindern wollen.

Abg. Wodarz drückt ebenfalls sein Unbehagen über die CDU-Presseerklärung aus. Diese Pressemeldung sei einer Konsensfindung abträglich, wie sie vom Vorsitzenden stets angemahnt und im Ausschuß auch immer angestrebt werde. Er unterstreicht im weiteren die Auffassung seiner Fraktion zur Keulung und zur vorbeugenden Impfung in schweinedichten Gebieten beim Seuchenfall. Um hier zu einem vernünftigen Verfahren EU-weit zu kommen, bitte er, die latent vorhandene Einstimmigkeit nicht durch Pressemeldungen zu zerstören.

Abg. Matthiessen erläutert, weshalb die Koalition den Antrag in der vorgelegten Form nicht mittragen könne. Nicht vertretbar seien insbesondere die Forderungen in den Nummern 3 und 7. Außerdem gehe es nicht an, Formulierungen des Bezweifeln in einen Antrag zu fassen. Den Überlegungen aus der letzten Sitzung, zu einer Ertüchtigung des Antrages zu kommen, sei von den Mehrheitsfraktionen mit dem Umdruck 14/1401 nachgekommen worden.

Abg. Jensen-Nissen verweist darauf, daß seine Fraktion durchaus Einverständnis mit den Vorschlägen des Ministers signalisiert habe und daß die daraufhin mit Umdruck 14/1393 vom Ministerium vorgeschlagenen Formulierungen der Intention seiner Fraktion entgegenkämen, weil sie der Auffassung seiner Fraktion besser entsprächen als die mit Umdruck 14/1401 vorgelegten Änderungen.

Abg. Siebke und Abg. Ehlers setzen sich für die Übernahme der mit Umdruck 14/1393 vom Ministerium unterbreiteten Formulierungen ein. Abg. Ehlers drängt darauf, die vorgeschlagene Impfpolitik nicht nur auf schweinedichte Gebiete zu begrenzen, sondern angesichts der wirtschaftlichen Betroffenheit jedem Schweinehalter im Seuchenfall die Impfungen in allen Sperrgebieten zu erlauben.

Abg. Matthiessen interpretiert die Ausführungen von Abg. Ehlers dahin, daß dieser nach wie vor eine flächendeckende Impfung wünsche. Dies lehnten die Grünen weiterhin strikt ab.

Abg. Siebke verneint die Absicht, zu einer flächendeckenden Impfung zurückkehren zu wollen. Bereits in der 25. Sitzung habe die einmütige Auffassung geherrscht, daß der markierte Impfstoff nur in den vom Ministerium vorgeschlagenen Fällen eingesetzt werden solle.

Zu dem Vorschlag des Vorsitzenden, das Schreiben des Ministeriums als Anhang zu dem Antrag mit in die Abstimmung einzubeziehen, gibt Abg. Wodarz zu bedenken, daß die Überlegungen des Ministeriums in das von den Mehrheitsfraktionen vorgelegte Papier Umdruck 14/1401 eingeflossen seien. Damit gebe es keine inhaltlichen Unterschiede zwischen dem Änderungsvorschlag der Mehrheitsfraktionen und den Papier des Ministeriums. Er bittet deshalb, über den Änderungsvorschlag der Mehrheitsfraktionen abzustimmen.

Regierungsveterinär Dr. Heilemann macht darauf aufmerksam, daß vom Ministerium die Impfmaßnahmen in schweinedichten Gebieten für sinnvoll gehalten werden. Wer dieses Instrument der Impfung bewerte, müsse dies als ergänzendes Instrument zum Stamping out tun. Mit der Impfung allein könne man das Virus nicht eliminieren. Das Instrument der Impfung könne nur eingesetzt werden, um die Ausbreitung des Virus zu verhindern. Und das sei nur da sinnvoll, wo es viele empfängliche Tiere gebe. Die Empfänglichkeit des Tieres auszuschalten, bedeute die Ausbreitung des Virus zu verhindern.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung mit der Bemerkung auf, daß er dem Änderungsvorschlag in Umdruck 14/1401 um der Sache Willen zustimmen werde.

Beschluß: Einstimmig empfiehlt der Ausschuß dem Landtag die Annahme des Antrages in der von der Mehrheitsfraktion vorgelegten Neufassung aus Umdruck 14/1401.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Bericht zur Situation und Entwicklung der Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 147755

b) Bericht über die derzeitige Situation sowie die künftige organisatorische Gestaltung des Gütezeichens "hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein"

Bericht der Landesregierung
Drucksache 147886

(überwiesen am 28. August 1997 zur abschließenden Beratung)

Die Berichte werden ohne Aussprache in großer Übereinstimmung zur Kenntnis genommen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Werbeschilder für Gasthöfe

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1065

(überwiesen am 6. November 1997 an den Wirtschaftsausschuß, den Agrarausschuß und den Innen- und Rechtsausschuß)

Abg. Matthiessen erklärt mit Hinweis auf die Plenardebatte, daß seine Fraktion den Antrag gutheiße und die Annahme empfehle, gleich wie die endgültige Beschlußfassung durch den federführenden Wirtschaftsausschuß letztendlich aussehen werde.

Abg. Sabine Schröder unterstützt die von Abg. Matthiessen vorgetragene Bitte auf Zustimmung und schlägt vor, eine Empfehlung an den federführenden Ausschuß dahin zu beschließen, daß neben den Gasthöfen auch andere touristische Einrichtungen sowie landwirtschaftliche Direktvermarktungsbetriebe mit in die Regelung eingeschlossen werden sollten.

Abg. Ehlers schießt sich diesem Petitum an.

Abg. Siebke macht auf die Urheberschaft des Eingabenausschusses bezüglich des Antrages aufmerksam. Diese wird von Abg. Poppendiecker als dem Vorsitzenden des Eingabenausschusses dahin untermauert, daß sich der Eingabenausschuß zur Zeit noch mit der Thematik beschäftige. Der Eingabenausschuß habe inzwischen eine erste Gesprächsrunde mit den drei zuständigen Ministerien durchgeführt und diese aufgefordert, entsprechende Abstimmungsvorschläge zu machen, mit denen den jetzt vorgetragenen Petita Rechnung getragen werden könnte.

Abg. Matthiessen warnt vor einer Verwilderung beim Schilderaufstellen, wie man sie in den USA beobachten könne.

Nach den Worten von Abg. Plüschau ist dies der Punkt, an dem das Wirtschaftsministerium seine Bedenken festmache. Außerdem habe das Wirtschaftsministerium den Gedanken der Gleichberechtigung unterstrichen. Deshalb wolle er, Abg. Plüschau, vor einem Schnellschuß warnen. Er erhoffe sich im Eingabenausschuß durchaus einen akzeptablen Kompromiß.

Abg. Sabine Schröder macht darauf aufmerksam, daß der Antrag der Grünen über die Eingabe im Eingabenausschuß hinausgehe, weil mit dem Antrag auch eine Bundesratsinitiative gestartet werden solle. Sie wiederholt ihre Empfehlung an den Wirtschaftsausschuß, zu prüfen, ob weitere touristische Einrichtungen und die landwirtschaftlichen Direktvermarkter mit einbezogen werden könnten unter Berücksichtigung der Vermeidung von Wildwuchs und unter Einhaltung der Gleichheitsgrundsätze.

Beschluß: Einstimmig empfiehlt der Ausschuß dem federführenden Wirtschaftsausschuß die Annahme des Antrages mit dem von Abg. Sabine Schröder formulierten Prüfauftrag.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Grüne Woche 1998, Berlin

Der Vorsitzende trägt als erstes das vorgesehene Programm vor und teilt sodann mit, daß LP Arens den Besuch für den ganzen Ausschuß mit folgenden Maßgaben genehmigt habe:

a) Kein Tagegeld b) Hotel gleicher Preisklasse wie 1997 c) Anreise nur mit Bundesbahn zum Gruppentarif. Einzelreise kann nicht abgerechnet werden. Wer gesondert anreist, erhält nur den anteiligen Betrag aus dem Preis der Gruppenfahrkarte.

Der Bitte des Landwirtschaftsausschusses des Sächsischen Landtages auf ein Zusammentreffen stimmen die Ausschußmitglieder zu. Vorgesehen ist ein Treffen am Sonntag, dem 18. Januar 1998, ab 12:00 Uhr im Zusammenhang mit dem Besuch der Gemeinschaftsschau.

Verbindliche Zusagen zur Teilnahme kommen von Abg. Poppendiecker, Abg. Plüschau, Abg. Wodarz, Abg. Ehlers, Abg. Hopp, Abg. Jensen-Nissen, Abg. Siebke, Abg. Matthiessen und Abg. Dr. Happach-Kasan.

Die Zimmer werden durch das Ausschußbüro bestellt; die offizielle Einladung wird noch rechtzeitig ergehen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Folgende Punkte werden angesprochen:

1. Der Vorsitzende gibt mit Umdruck 14/1404 eine Resolution der Landwirtschaftskammer zur Kenntnis.
2. Der in der 25. Sitzung bekanntgegebenen Einladung zu einem Gespräch mit der Arbeitsgemeinschaft der Rinderspezialberatungsringe will der Ausschuß in seiner Februarsitzung nachkommen. Abg. Wodarz regt für diese Sitzung ein Schwerpunktthema "Rinder" an. Abg. Plüschau bittet, sich ergänzend auch mit der Rindervermarktungssituation in Schleswig-Holstein zu beschäftigen. Es gehe nicht an, daß, wie er bei einem Besuch bei der EDEKA erfahren habe, Rinder für die Bioprogramme oder das Gutfleischprogramm aus Mecklenburg-Vorpommern oder Bayern bezogen werden.
3. In der Sitzung am Donnerstag, dem 8. Januar 1998, soll ein Bericht des MLR über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe "Unternehmensberatung" bezüglich der "Neuausrichtung der landwirtschaftlichen Unternehmensberatung in Schleswig-Holstein" erfolgen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung mit einem Dank an das Ministerium für gute Unterstützung im Jahre 1997 um 11:10 Uhr.

gez. Claus Hopp
Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß
Geschäfts- und Protokollführerin